

Wahrheit an, also nicht darauf, ob ein Berufswehr oder eine Miliz besteht, sondern auf die Wehrverfassung. Entscheidend ist, wieviel demokratische Institutionen in einer Wehrmacht gegliedert und verwaltungstechnisch verankert sind.

Das Beispiel der Schweizer Miliz, auf das man sich sooft beruft, um die Milizforderung zu begründen, befragt für die deutschen Verhältnisse recht wenig. Die Schweizer Demokratie wurzelt in einer jahrhundertalten Lieberlieferung. Ein Berufswehrcorps von nennenswerter Stärke und bestimmtem Einfluß gibt es nicht. Zwischen dem Wehr und dem Volke hat sich bisher kein Fremdkörper, der beide beherrschen will, einschleichen können. Man vergleiche diesen historisch gewachsenen Zustand einer traditionsgebundenen Gesellschaft mit den politischen Verhältnissen Deutschlands, um zu erkennen, wiewenig das Schweizer Beispiel für sein großes nördliches Nachbarland bedeuten kann.

Uebrigens könnte man der Schweizer Miliz mit gutem Grunde das englische Söldnerheer gegenüberstellen. Auch der eifrige Verteidiger des Milizgedankens wird kämmerlich behaupten wollen, daß Großbritanniens Söldnerarmee ein besonders starkes Hindernis für die demokratische Entwicklung des Inselreiches gemeldet ist. Es kommt also offenbar nicht

sofort auf das Wehrsystem an, als darauf, wieviel Demokratie in dasselbe hineingebaut werden konnte. Wir geben allerdings zu, daß es im allgemeinen in einer Miliz leichter gelingen wird, demokratische Elemente einzubauen. Dieser Satz hat aber für Deutschlands Gegenwart nur eine theoretische Bedeutung. Papen und Schleicher denken nicht daran, eine Miliz zu schaffen, die eine demokratische Wehr eines demokratischen Volkes ist.

Daß sich die Sozialdemokratie Deutschlands gegen die Aufrüstung wehrt, ist nicht nur ihr gutes proletarisches Recht, sondern überdies eine internationale Pflicht. Es ist selbstverständlich, daß wir deutschen Sozialdemokraten für eine gleichmäßige Behandlung aller Staaten in der Wehrpolitik einzutreten haben. Das tun ja auch alle sozialistischen Parteien, die in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vereinigt sind. Soweit die Friedensverträge für Deutschland, Österreich und andere besiegte Staaten ein militärisches Sonderrecht enthalten, werden sie von der ganzen sozialistischen Internationale einmütig bekämpft. Dieser Kampf wird nur erischwert, wenn Deutschland, anstatt auf die Abrüstung der anderen zu dringen, nunmehr mit der eigenen Aufrüstung beginnt.

Was Papen-Schleicher vorgeschlagen, ist aber nicht anders als eine militäristische Aufrüstung, mögen sich ihre

unklaare Pläne auch in ein demokratisches Miliz-Mantelkleid hüllen. Die Verwirklichung der Militärpläne der deutschen Regierung würde außerdem keineswegs dem Volkshaus entgegenwirken, weil dann — wie manche glauben — die politischen Privatarmeen verschwinden. Es mag schon sein, daß die nationalsozialistischen SA und SS, ebenso wie das „Reichsbanner“ von einer offiziellen Miliz aufgefangen werden können, aber — so wie die Dinge heute stehen — kaum anders als um den Preis einer völligen Unterordnung des neuen Heeres unter die Führung zollerischer Berufswehrcorps. Zu einer solchen Entwicklung können Sozialdemokraten ihre Hand nicht bieten, erst recht dann nicht, wenn man ihnen durch einige demokratisch klingende Phrasen die klare Sicht vernebeln will.

Wie liegen ein, wie wir glauben sehr gesundes und notwendiges Mißtrauen gegen jegliche Art Militärpläne der kapitalistischen Klassen. Wir glauben auch nicht an den demokratischen Gehalt einer Miliz, die von dieser Seite beherrscht wird. Erst wenn die Arbeiterklasse selbst eine Wehrmacht aufbauen und führen kann, wird aus dem Milizschwanz eine echte demokratische Wehrverfassung des ganzen Volkes.

Die Proteste der Länderregierungen

Gottheimers Legenden vom Staatsgerichtshof zerstört - Feststellungen von Braun und Sebering

Die Verhandlungen in Leipzig

Leipzig, 11. Oktober. (Wg. Drahtber.)

Die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich begannen am Dienstag mit einer nochmaligen Erörterung der unversämten Behauptungen, die in der Kontagierung von dem getauften Juden und deutschnationalen Ministerialdirektor Gottheimer gegen Otto Braun und Adolf Sebering geäußert worden waren. Die Behauptungen wurden von dem preussischen Vertreter nochmals als unmaßgebend bezeichnet. Gottheimer hatte demnach nicht das Bedürfnis, sie persönlich zurückzunehmen.

Die Erörterungen wandten sich dann der Frage zu, ob und unter welchen Voraussetzungen der Staatsgerichtshof Aussagen vernehmen könne. Der Vorsitzende meinte, die Minister von der einen und von der anderen Seite seien Parteien, und die Parteien könne man nicht vernemen. Professor Heller wiederholte seinen Antrag, die Vernehmung von Seiten und von Abwesenden darüber zu vernemen, daß die Festsetzung der republikanischen Preussensregierung schon im Rahmen der Abmachungen zwischen Papen und Hitler beim Sturmbrüning gelegen habe.

Am weiteren Verlauf der Vormittagsitzung brachte der preussische Ministerialdirektor Brecht die Sprache zur Sprache, die sich nach der Amtübernahme des Reichskommissars und seiner Kommissare abgepielt haben, vor allem die vielfachen endgültigen Ernennungen von Beamten unmittelbar vor dem Zusammenritt des Staatsgerichtshofes. Der Eindruck sei nicht wegzubehalten, daß die Reichsregierung immer neue „fertige Tatsachen“ zu schaffen beabsichtige, deren Aufhebung und Beseitigung auch dem Staatsgerichtshof nicht mehr möglich sein würde. Man habe beim Staatssekretär Weisner über diese Neuerungen Beschwerde geführt angeht der Tatsache, daß der Reichskommissar für Preußen sich weder dem Landtag noch sonst einer Instanz verantwortlich fühle. Die Beschwerden seien mit Ernst aufgenommen worden. Mehr darüber wolle die preussische Staatsregierung im Augenblick nicht sagen. Aber unmittelbar nach ihrer Vernehmung bei Weisner sei eine weitere Liste von Neuerungen veröffentlicht worden. Darunter gehe hervor, daß der Reichskommissar und die von ihm beauftragten preussischen Kommissare nicht die Absicht hätten, sich als vorübergehend funktionierende Erscheinungen zu betrachten, sondern sich als völligen Ersatz für die verfassungsmäßige Regierung anzusehen und nur in einem Punkte von den Pflichten des Ministeriums abzuweichen, nämlich in dem, daß sie sich nicht für verpflichtet fühlen, dem Landtag Rechenschaft zu geben. Es sei übrigens, so fügte der preussische Vertreter hinzu, erschreckend, wie weit sich das Gefühl verbreitet habe, daß die Frage zusammengefaßt werde:

„Oben wir überhaupt noch einen rechten Glauben an Rechtszustände in Deutschland?“

Solche Gleichgültigkeit um den Reichsgeboten sei in der breitesten Öffentlichkeit vorhanden und das Verhalten der gegenwärtigen Reichsregierung gegen die Autorität des Staatsgerichtshofes sei nicht geeignet, das Vertrauen zu heben. Es sei peinlich, wenn man die Frage here: „Glauben Sie wirklich, daß der Staatsgerichtshof es wagen und Recht zu sprechen?“ Man brauche dieses Vertrauen nicht zu teilen, müsse aber mit Bedauern feststellen, daß es immer weiter um sich greifen werde.

Der Reichsvertreter Gottheimer hielt es für notwendig, gegen die „Anteilstellung“ schärfend zu protestieren, daß das Staatsgericht selber den Standpunkt vertrete, der Staatsgerichtshof werde es nicht wagen, Recht zu prüfen und Präsident Bumke glaube jeden Appell an den Gerichtshof ablehnen zu müssen. Solcher Appell habe immer nur die Folge, außen mißverstanden zu werden. Am Schluß der Vormittagsitzung verließ der Vertreter des Reiches im Auftrage der Reichsregierung und mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichsministers folgende Erklärung:

Eine Vereinbarung des Reichsministers mit Hitler über ein Vorgehen gegen Preußen ist nicht getroffen. Verhandlungen darüber haben zwischen ihnen nicht stattgefunden. Auch die Aufhebung des Uniformverbots, die Wiedereinführung der SA-Uniformen und die Wiedereinführung sonstiger politischer Freiheiten waren nicht Gegenstand von Vereinbarungen zwischen dem Reichsminister und Hitler, gehörten vielmehr von vornherein zum Programm der Reichsregierung, die von sich aus entschieden war, aus Gründen der Gerechtigkeit Ausnahmebestimmungen gegen die Nationalsozialisten zu beseitigen.

Ministerialdirektor Dr. Brecht weist demgegenüber darauf hin, daß der Reichsminister nur dementieren lasse, daß er in amtlicher Eigenschaft solche Vereinbarungen abgeschlossen habe.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung verlas Dr. Brecht über die umstrittene Äußerung Seberings zur Frage der Einsetzung des Reichskommissars eine

Erklärung Seberings

in der es u. a. heißt:

„Ich habe niemals Herrn v. Gahl zu der Einsetzung eines Reichskommissars ernannt. Ich habe ihm in einem Gespräch lediglich gesagt, daß ich mir sehr wohl denken könne, daß nach den Reichstagswahlen die Zeit reif sein werde, um jenen Plan der Verwirklichung näherzubringen, der im Sommer 1931 zwischen Ministerpräsident Braun und Reichsminister Brüning erörtert worden ist; in einer Personalunion zwischen Reich und Preußen eine Zusammenlegung der Ministerien herbeizuführen. Ich habe aber andererseits im Gegen-

seit dringend gebeten, nicht ohne gesetzliche Grundlage einen Reichskommissar einzusetzen.“

Ministerialdirektor Dr. Gahl antwortete darauf mit der Erklärung eines Telegrammes, das ihm

Reichsinnenminister v. Gahl

überhandt hat; es heißt darin:

„Eines Mite Juni d. J. hatte ich mit Herrn Minister Sebering in dessen Amtszimmer eine Unterredung über schwebende politische Fragen. Im Verlaufe der Unterredung brachte Minister Sebering das Gespräch auf die damals in der Öffentlichkeit umlaufenden Gerüchte über die angestrebte von der Reichsregierung geplante Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen. Heber den Umfang der Befugnisse eines solchen Reichskommissars ist dabei selbstverständlich nicht im einzelnen gesprochen worden. Es unterliegt aber nach meiner bestimmten Erinnerung keinem Zweifel, daß es sich bei dem Gespräch um die weitgehende Wahnahme der Einsetzung eines politischen Reichskommissars für Preußen handelte.“

Gottheimer hebt dann hervor, Ministerialdirektor Dr. Brecht habe besonders kritisiert, daß die kommissarische Regierung Beamtenernennungen vollzogen habe und, wenn er sich richtig erinnere, die Frage verneint, ob nicht auch die nur noch geschäftsführende Staatsregierung solche Ernennungen vorgenommen habe. Demgegenüber verliest Gottheimer Zahlenmaterial zum Nachweis dafür, daß das Kabinett Braun sowohl nach der letzten Landtagswahl wie auch nach seiner Rücktritts Erklärung, als es nur noch geschäftsführende Regierung war, eine größere Zahl von Ernennungen zu höheren Beamtenpositionen nach Regierungstat bis zum Oberpräsidenten vollzogen habe.

Ministerialdirektor Dr. Brecht erklärt, daß diese Frage zwar nicht mit dem hier behandelten Vorgehen des Reiches gegen Preußen zu tun habe, daß aber im übrigen die Rechtmäßigkeit für die preussischen Ernennungen eine andere gewesen sei als die des Reichskommissars. Die Erklärungen der Minister Sebering und von Gahl über ihre Unterhaltung wegen des Reichskommissars scheinen in diametralen Gegensatz zu stehen. Da er aber von keinem der beiden annehme, daß er nicht die Wahrheit sage, müßte es da etwas geben, was aus den Erklärungen nicht ersichtlich sei. Dr. Brecht äußerte die Vermutung, daß eventuell die Frage der Einsetzung eines Reichskommissars für Norddeutschland erörtert worden sei, die aber nichts mit der Amtseinführung Seberings zu tun haben konnte.

Reichsgerichtspräsident Bumke erwidert die Parteien, die beiden Ministererklärungen dem Gerichtshof ausstellen, und fügt hinzu, wenn Sebering tatsächlich der Einsetzung eines Reichskommissars mit den jetzt eingetragenen Folgen zugestimmt haben sollte, dann würde nicht ersichtlich sein, warum die Reichsstellen nicht, wie sie am 20. Juli die Maßnahmen durchführten, mit Sebering Zustimmung nahmen, da es sich ja dann nur um die Erfüllung eines Wunsches von Sebering gehandelt haben würde.

Im übrigen erklärt der Präsident die Erörterung der tatsächlichen Vorgänge hiermit für geschlossen. Die Parteien erhalten die Erlaubnis, auch gelegentlich bei den staatsrechtlichen Dingen, soweit notwendig, auf einzelne Tatbestandsmerkmale zurückzukommen. Es beginnt dann die rechtliche Erörterung mit einer allgemeinen Aussprache über die Probleme, die sich aus dem Artikel 45 der Reichsverfassung in Verbindung mit der Bundesstaalichen Gliederung des Deutschen Reiches ergeben.

Die geplakten Wahllügen

Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hat am Dienstag, veranlaßt durch die verlogenen Behauptungen des deutschnationalen Ministerialdirektors Gottheimer vor dem Staatsgerichtshof, folgendes Schreiben an den Reichsgerichtspräsidenten gerichtet:

„Berlin, Zehlendorf, 11. Oktober 1932.

Aus Zeitungsberichten über die Verhandlung der Verfassungsratsliche Preußen gegen das Reich erziehe ich, daß in der Verhandlung am 10. dieses Monats der Vertreter des Reiches, Ministerialdirektor Gottheimer, in bezug auf meine Person die Behauptung aufgestellt hat, ich hätte auf die Gewährung der vollen Bezüge sehr großen Wert gelegt, mich bald nach der Enthebung vom Amt nach dieser Frage erkundigt und mich sehr befreidigt erklärt, als mir die Antwort wurde, daß ich meine Bezüge weiter erhalten würde.

Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Ich habe mich niemals beim Reichskommissar oder bei der Reichsregierung wegen der Weiterzahlung meiner vollen Bezüge erkundigt oder darum er sucht. Auch habe ich niemals meine Befriedigung über die erfolgte Regelung

Verbote wegen — Stwidelkritik

O. Rönigsberg, 11. Oktober. (Wg. Drahtber.) Die sozialdemokratische Rönigsberger Volkszeitung ist wegen einer Artikel an dem sibirischen Stwidelkritik des preussischen Stwidelkritik Bracht auf vier Tage verboten worden. Der Stwidel hat sein erstes Zeitungsoffer.

Bayerns und Badens Bedenken

Zunächst kamen Bayern und Baden zum Wort. Beide Staaten haben mit der Frage, ob das Land Preußen seine „Wörter erfüllt habe oder nicht, zunächst nur wenig zu schaffen. Wohl aber mit der anderen, die den bundesstaatlichen Charakter des Reichs berührt: nämlich die Zusammenfassung der Reichsrats, der aus Vertretern der einzelnen Landesregierungen gebildet wird. Ist der Reichsminister gleichzeitig Inhaber der preussischen Gewalt, so erkennt er die Reichsvertreter für Preußen, diese sind dann nicht mehr Vertreter eines Landes, sondern der Politik der Reichsregierung, also wird dadurch der Verzicht der übrigen Länder auf ein Nichts reduziert. Deshalb haben sich alle Länder der Reichsüberwachung gegen die Verornung des Reichspräsidenten eingelegt, und Bayern und Baden haben formell Klage erhoben mit dem Ziel der Feststellung, daß die Hebernahme der Regierungsgewalt und die Ernennung von Reichsratsmitgliedern in Preußen durch den Reichskommissar der Verfassung widerspreche.

Staatsrat v. Zahn für Bayern und der badische Vertreter Ministerialdirektor Beck, haben diese bundesstaatlichen Bedenken kürzer gefaßt. Ihnen schloß sich in geistvoller Ausführung der Münchner Staatsrechtler Professor Krawinkel an. In Leipzig durfte er offen reden. In Berlin hat Polizeipräsident Weisner dafür gesorgt, daß die ausgedehnte Wiedergabe seines Rechtsgutachtens mit einem Zeitungsverbot beantwortet wurde.

In den Kreis der juristischen Betrachtungen wurde schließlich auch der Artikel 48 der Reichsverfassung einbezogen, vor allem die Frage, welche Voraussetzungen für seine Anwendbarkeit gegeben sein müssen. Der anerkannt bedeutendste Kenner des Verfassungsrechts, Professor Anschütz, Oebberling, nahm hierbei Gelegenheit, in einem großartigen Abriss die Bedeutung des Artikels 48 und seine Voraussetzungen darzulegen. Als Kern der Darlegungen sei hervorzuheben, daß nach Meinung von Anschütz die Frage, ob eine Landesregierung etwa nicht genügend scharf die Polizeigewalt angewendet habe,

auf keinen Fall einen Grund zur Anwendung des Artikels 48 Absatz 1 abgeben könne.

Dem die Anwendung der Polizeigewalt flieht aus dem Hoheitsrecht des Landes, nicht aus dem Pflichtkreis im Reich. Der Staatsgerichtshof dürfe deshalb nicht der Frage nachgehen, ob eine Pflichtverletzung des Landes Preußen als Voraussetzung der 48-Verordnung vorgelegen habe.

Als Kronjurist der Bayernsregierung produzierte sich darauf wieder der Berliner Staatsrechtler Karl Schmitt, der die aus Mittelalter und die alten Ausschüssen zurückging, um zu beweisen, daß die Vepen-Verordnung gegen Preußen zu Recht bestche. Am leuchtete in Knappen, aber schlagenden Darlegungen Professor Heller als Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsopposition beim, indem er nachwies, daß das Mittelalter, die Surfürsten und die Zustände von 1806 gar nichts zu tun haben mit der heutigen Frage. Es müßte ein schäbliches Nichterfüllen von Pflichten eines Landes gegen das Reich vorliegen, nicht das Verschren eines einzelnen Beamten, um einen Grund zur Anwendung des Artikels 48 Absatz 1 konstruieren zu können. Dieser Abt 1 habe nichts zu tun mit der Verfassung des Absatzes 2, der von Verletzung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung spricht.

Diese interessanten Auseinandersetzungen zwischen den Staatsrechtlichern dauerten bis nach 7 Uhr abends an.

geäußert. Im Gegenteil finde ich es höchst unbefriedigend auf die Dauer für mich getragene unerträglich, daß ich meine vollen Bezüge als Ministerpräsident beziehe, aber von der Reichsregierung gewaltam gehindert werde, meine Geschäftstätigkeit wahrzunehmen.

Otto Braun
preussischer Ministerpräsident

Wir müssen der Erwartung Ausdruck geben, daß Reichsgerichtspräsident Bumke das Schreiben des preussischen Ministerpräsidenten in öffentlicher Sitzung zur Verlesung bringt.

Auch Gahls Telegramm unrichtig

Der gewaltiam seines Amtes entthobene preussische Innenminister Karl Sebering, der am Dienstag abend in zwei großen Massenfundebungen in Waagen in Sachen gesprochen hat, teilt uns zu dem Telegramm des Reichsinnenministers v. Gahl, das in der Dienstagsitzung des Staatsgerichtshofes verlesen wurde, folgendes mit:

Die Angaben dieses Telegrammes seien von Anfang bis Ende unrichtig. Es habe sich bei dem Besuch des Reichsinnenministers in Seberings Amtsräumen vor allem um die Bitte des Reichsministers v. Gahl gehandelt, den Ministerialdirektor Dr. Weisner im preussischen Innenministerium unterzubringen. Braun habe Sebering erklärt, er könne eine Zusage in dieser Richtung nur geben, wenn er Klarheit über die Pläne des Reiches in der Frage der Reichsreform haben würde. In diesem Zusammenhang habe er dem Reichsminister v. Gahl die Frage gestellt, was an

Sachsen

Die Berufsschule

Vertreterversammlung des Landesvereins Sachsen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen

Auf der in der letzten Woche in Bad Schandau abgehaltenen Tagung wurden zwei Vorträge über Aufgaben und Ausbau eines einheitlichen beruflichen Schulwesens von Gewerbestudienrat Dr. Günzel, Leipzig, und Berufsschulleiter Bauer, Zittau, gehalten.

Die Vorträge zum Vortrage Dr. Günzels enthielten folgende Kerngedanken: Ein einheitliches berufliches Schulwesen hat durch klare Ausrichtung der schulischen Maßnahmen auf den Beruf, durch Anerkennung der praktischen Arbeit als Bildungsfaktor die zweckmäßige Schulbahn der praktischen Begabungen zu schaffen und sie so in das Ganze unseres Bildungssystems einzubauen, daß damit diesen Begabungen der Aufstieg von der praktischen Arbeit aus möglich wird. Für diesen Aufstieg sind erweiterte Berufsbildungsmöglichkeiten, wie Berufsmittelschulen bzw. mittelschulartige und Berufsoberschulen, einzurichten und mit entsprechenden klaren Verbindungen innerhalb der Berufsaufstiegsbahn auszustatten. Für die praktischen Begabungen betrachtet der Redner die berufliche Schulbahn als die allein sinnvolle. In der Aufstiegsmöglichkeit aus der beruflichen Bewährung heraus sieht er eine dringende sozial-ethische Forderung und die Voraussetzung für einen gesunden staatsbürgerlichen Aufbau.

Im Vortrag zum Aufbau wird von Bauer gefordert: Das berufliche Schulwesen ist einheitlich aufzubauen und organisch in das gesamte Schulwesen einzugliedern. Es umfasst: Berufspflichtschulen, Berufsmittelschulen und Berufsoberschulen. Dazu kommen die Forderungen für Schulrichtungen (Nähe, Werkstätten usw.) und die Rechtsverhältnisse der Lehrkräfte. Schulaufsicht, Schulverwaltung, Schulverwaltung wurden ebenfalls behandelt. Am Schluß der Ausführungen ging der Redner auf das Verhältnis von beruflicher Schule und Wirtschaft ein.

Zur Schulpolitik, Kampfpolitik und Junglehrerfrage wurden Entschlüsse gefaßt.

Wegen Vorbereitung zum Reichsrat beurteilte das Reichsgericht die beiden Leipziger Funktionäre Bauarbeiter Gerhard Dargeler und Martin Heiser Alfred Kiehlung zu je einem Jahr acht Monaten Gefängnis. Ihnen wurde Verleitung an Parteiarbeit in der Reichswehr und Polizei zur Last gelegt.

Zur Gemeindeverordnetenwahl. Wie die Sächsische Staatskanzlei mitteilt, können bei den bevorstehenden Gemeindeverordnetenwahlen die vom Staate gehaltenen Stimmzetteln alsbald benutzt werden. Sie dürfen nicht mit dem Abdruck des Gemeindepemphils oder einem sonstigen Kennzeichen versehen werden. Nach der Wahl sind die Umschläge genau zu prüfen, ob sie leer und noch verwendungsfähig sind. Noch verwendungsfähige leere Umschläge sind zu verpacken und für künftige Wahlen und Abstimmungen aufzubewahren.

Wochen. Am Montagabend starb ein Mitglied des Weltfriedens in Gödow, der wegen eines Nervenleidens das Weichner Krankenhaus aufsuchen sollte, aus ungeläuter Ursache aus dem nach Weichen führenden Zuge. Der Zug wurde sofort durch Ziehen der Notbremse zum Stillstand gebracht. Der Verunglückte hatte eine blutende Kopfverletzung erlitten. Er wurde dem Weichner Krankenhaus zugeführt.

Utsch. Im Nachdienst vom Tode ereilt. Am Montagmorgen wurde der 43 Jahre alte Apotheker und Nahrungsmittelchemiker Rudolf Bickard, der in der hiesigen Apotheke Nachdienst getan hatte, in seinem Dienstzimmer tot aufgefunden. Nach dem ärztlichen Befund liegt ohne Zweifel Selbstmord vor. Durch diesen war ein Gebirge verursacht worden, was den Gerichtsbescheid zur Folge hatte.

Bautzen. Skelettfund. Bei Ausschachtungsarbeiten für die Stadtbrandbestattung an der Kuslauer Straße wurden sechs menschliche Skelette ausgegraben. Es dürfte sich um die Leberreste von Kriegern handeln, die 1818 in der Schlacht bei Bautzen gefallen sind.

Bautzen. Die Große Strafkammer des Bautzener Landgerichts beurteilte den Wirtschaftsjubiläum Friedrich August Jung-Schulze aus Königswarttha wegen Brandstiftung zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust. Der Angeklagte hatte am Abend des 8. August die Scheune seines Vaters in Königswarttha vorsätzlich in Brand gesetzt, um sich, wie er angab, an seinem Vater und seinen Brüdern dafür zu rächen, daß er nicht mehr im Hause aufgenommen worden sei. Am 4. August hatte er sich der Bautzener Staatsanwaltschaft freiwillig gestellt.

Karl Severing in Ostsachsen

Zwei überfüllte Massenkundgebungen in Bautzen

Severing verkündet die Wahlparole der SPD: „Für Freiheit und Arbeit!“

Genosse Karl Severing sprach am gestrigen Dienstagabend in zwei überfüllten Massenkundgebungen in Bautzen. Aus Bautzen und der näheren und weiteren Umgebung waren die Teilnehmer herbeigeeilt, so daß die Kundgebungen einen übermäßig großen, erhebenden Verlauf nahmen. Nichtendender Beifallssturm und begeisterte Freizeitsprüche begrüßten den Genossen Severing in beiden Versammlungsorten, den „Stone“-Sälen und den „Drei Linden“.

Genosse Severing meinte einleitend, es sei ihm noch nie so schwergefallen, wie in diesem Wahlkampf, zu erklären, welche Bedeutung der kommende Reichstag habe. Es sei heute ganz unmöglich, zu den Aufgaben des neuen Reichstages zu sprechen, der wahrscheinlich dieselbe Lebensdauer haben werde wie der Reichstag vom 31. Juli. Er wies darauf hin, daß in den Tagen des Friedensvertrages von Versailles von den Anklagen gegen das „System“ wenig gehört wurde, heute treten sie um so stärker hervor. Dabei sei aber die Rede Papens gegenüber der Rede Hermann Müllers in Genf die reinste Limonade. Erst die Regierung Müller brachte das erstickte antipolitische Leben wieder in Fluß.

Alle Ankläger sind die Antwort schuldig geblieben, was sie an Stelle der Sozialdemokratie in den ersten Jahren nach dem Kriege statt der „Erfüllungspolitik“ getan hätten.

Heute feiere die Parteiliche Front ihr einjähriges Jubiläum, aber von dem dort abgelegten Kältschwar. Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr! sei nichts anderes übrig geblieben als zerbrochene Stuhlbeine, Stuhlbeine und weiße Käuse. Heute haben wir eine Regierung, deren Macht nicht vom Volke ausgeht. Jedes Parlament verdient die Regierung, die es hat, und der Deutsche Reichstag vom 31. Juli verdient die Regierung Papens. Wenn das Volk Antiparlamentarier ins Parlament schickt, kann es nicht verlangen, parlamentarisch regiert zu werden.

Bezugnehmend auf die Verhandlungen über den Preußenkonflikt vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig erklärte Genosse Severing, daß er der jetzigen Reichsregierung ganz entschieden ablehnend gegenüberstehe. Ihn nun in die Rolle der Doppelspieler gegenüber dem Reich bzw. der Reichsregierung zu spielen, sei wohl das härteste, was er bisher erlebt habe. Der Redner ging dann weiter ein auf den großen

Umschwung in der politischen Einstellung der Nazis gegenüber der Regierung Papen und dem Parlamentarismus,

schärferte die Strafflosigkeit ihrer Agitation, die allen alles verspreche, und kam dann zu dem Schluß, daß an diesen Gegen-

ständen und an dieser Doppelspieltätigkeit das Straffeuer der nationalsozialistischen Bewegung in Kürze abgelöst werden werde. Unter Hinweis auf die auf Zug und Zug aufgebaute und schon wieder zerfallene Horzburger Front warnte Genosse Severing auch vor dem Experiment, die Kommunisten als Bundesgenossen der Sozialdemokratie heranzuziehen. Er rechnete in diesem Zusammenhang scharf ab mit dem verbrecherischen Treiben der Kommunisten, wie es sich bei dem kommunistischen nationalsozialistischen Volksbegehren gegen die Regierung Braun-Severing offenbarte. Das Ziel der Parteien von rechts und links war dabei gleich, er gönne ihnen die Parole des Sieges, sie mögen sich darum streiten. Genosse Severing wies die gegen ihn dann von den Kommunisten anlässlich der Amtsenthebung der preussischen Regierung erhobenen Vorwürfe zurück und meinte, daß bei den vorliegenden Verhältnissen offener Widerstand ein Verbrechen an denen gewesen wäre, die sich ihm ohne Zweifel zur Verfügung gestellt hätten. Die Sozialdemokratie spreche sich im Antwort auf diese Maßnahmen der Regierung Papen zu einem geeigneten Zeitpunkt auf!

Die Sozialdemokratie habe die Aufgabe, das deutsche Volk wieder zur politischen Vernunft zurückzuführen.

Wir wären keine Sozialdemokraten, wenn wir trotz allem für diesen Wahlkampf keine Parole hätten. Unsere Parole ist: „Für Arbeit und für Freiheit!“ Ist das nicht Parole genug? Soll es erst dahin kommen, daß wir die Freiheit erst richtig schön lernen, wenn wir sie ganz verloren haben? Sorgen wir dafür, daß uns Freiheit nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, daß die herrlichen Worte des Sozialistenmanifes Wirklichkeit werden, daß aus der Siegeserwartung ein Siegesfest wird! Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen Severings und stehend jangen alle den Sozialistenmarsch.

Die Staatsstraße Bismarckstraße — Namens wird zwischen den Kilometersteinen 14,0 und 15,0 in Jura Pflaster vom 17. Oktober an bis voraussichtlich zum 19. November wegen Bauarbeiten für allen Verkehr gesperrt. Der Verkehr wird über Weitzsch-Platz und die Staatsstraße Bautzen-Königsbrunn detouriert. Die Umleitungsstellen sind der geringen Breite und der Beschaffenheit der Straßendecke wegen nur mit besonderer Vorsicht zu befahren.

Otto Wels

der Führer der Sozialdemokratie

Massenmeeting der Eisernen Front Ostsachsen

Program: 6 Uhr Einmarsch der Freiheitsfahnen — 7.30 Uhr Rede des Parteiführers — 8 Uhr „Empor zum Licht (500 Fackelschwinger) — 8.30 Uhr Weihe der Freiheitsfahne für den Unterbezirk Groß-Dresden. Mitwirkende: Kartell für Sport und Körperpflege; Deutscher Arbeitersängerbund, Bezirk Dresden; Reichsbannerkapellen und Spielmannszüge des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Frauen und Mädchen, Genossen, Gewerkschafter, Arbeitersportler, Republikaner! **Heraus zum Kampf! Für Freiheit, Frieden und Sozialismus!**

Teilnehmerabzeichen 50 Pf., für Arbeitslose, Jugendliche und Rentner 20 Pf., in allen Volksbuchhandlungen, Parteisekretariaten, Gewerkschaftsbüros und bei den Gewerkschafts- und Parteifunktionären.

Bezirkskampfleitung der Eisernen Front.

Neues aus aller Welt

Der Häuptling der Autodiebe verhaftet

Der in mehr als dreihundert Fällen schuldige Chef der Berlin-Steglitzer Autodiebebande, der Kaufmann Paul Köhne, hat sich der Berliner Kriminalpolizei gestellt. Nachdem zwei seiner Komplizen, der Kaufmann Hindrichs und der Kaufmann Klein, bereits Ende vergangener Woche verhaftet worden konnten, war der gesamte greisenhafte Führungsdienst auf Köhne aufmerksam gemacht worden. Der Versuch sah keine Möglichkeit mehr, ins Ausland zu flüchten. Köhne ist sofort festgenommen worden; gleichzeitig mit den Strafverfahren gegen ihn und seine Komplizen wird eine Reihe von Strafverfahren gegen Käufer gestohlener Autos eröffnet werden. Die Staatsanwaltschaft ist der Meinung, daß alle, die zu nächstlicher Stunde auf entlegenen Landstrichen Autos kaufen, genügt haben, daß sie sich der Polizei schuldig machen.

Die Falschmünzwerkstatt im Walde

Zeit, 11. Oktober. Am Montag vormittag konnten hier zwei Falschmünzer dingfest gemacht werden. Es handelt sich um zwei Wanderburschen von auswärts, die in einem Waldstück bei Schlaubitz im Kreise Zeit eine Falschmünzwerkstatt aufgemacht hatten. Die Fabrikate, Zweimark- und Fünfschillingstücke, waren bereits in großer Zahl in der Gegend an den Mann gebracht worden. Die Aufmerksamkeit einer Geschwisterfrau wurde den Geldfabrikanten zum Verhängnis. Die Frau, der falsche Stücke in Zahlung gegeben worden waren, schäufte Verdacht und benachrichtigte die Polizei, die die Täter festnahm. Durch kleine Gegenstände, die zu Falschmünzwerkstätten verwendet werden und in den Taschen der Verhafteten gefunden wurden, konnte man die beiden, die erst hartnäckig leugneten, überführen und zu einem Geständnis bewegen. Einen Teil der Falschmünzwerkstatt fand man in dem bereits erwähnten Waldstück bei Schlaubitz, den andern in einer hiesigen Getreibe, wo die Wurfchen genächtigt hatten.

Sturm über den Ozean

In der Ostsee wüten schwere Stürme. Ein finnischer Dampfer ist überfällig; ein anderes finnisches Schiff und ein lettischer Motorbooter gerieten in schwere Seemot, konnten jedoch geborgen werden.

Gefrandet

Das italienische Motorschiff „Citta di Agrigento“ ist bei diesem Nebel bei Kap Tagiura (nordafrikanische Küste) gestrandet. Die „Citta di Agrigento“ verkehrt auf der Strecke Sizilien-Tripolis.

Anglück beim Zaisperrenbau

3 Tote, 6 Verletzte

Paris, 12. Oktober. (Fig. Junf.) Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Dienstag beim Bau einer Zaisperre in der Nähe von Grenoble, an dem deutsche Unternehmer und Arbeiter beteiligt sind, ereignet. Infolge Seilbruchs stürzte ein mit Beton beladener Tragereis auf 60 Meter Höhe auf eine Gruppe Arbeiter hinab, die am Ufer des Flusses beschäftigt war. Ein Deutscher und zwei Österreicher wurden auf der Stelle getötet, sechs Arbeiter wurden, zum Teil schwer, verletzt.

Mörderisches Kriegsspiel

12 Opfer einer Granate

Paris, 12. Oktober. (Fig. Junf.) Wie der sozialistische Populaire mitteilt, ist am Dienstag nachmittag bei Brigademärschen in Algier, bei denen scharf geschossen wurde, eine Granate mitten in einem Schützengraben gelandet, in dem sich zahlreiche Soldaten des 2. Schützenregiments befanden. Zwei Soldaten wurden getötet, zehn schwer verletzt.

Ward um 30 Mark

D. Breslau, 12. Oktober. (Fig. Junf.) Die Ermittlungen der Breslauer Kriminalpolizei über den Ward an dem Chauffeur Sartomski auf der Chaussee Grünberg-Grossen haben ergeben, daß dem Ermordeten ein Betrag von ungefähr 30 Mark geraubt worden ist. Eine Spur von den Tätern hat die Polizei bisher noch nicht ermitteln können. Inzwischen wurde jedoch in der Umgebung von Grünberg bei der Aufschung eines Waldes ein Koffer mit blutbesetzten Kleidungsstücken gefunden, der anscheinend von den Tätern versteckt worden ist.

Der Schmugglerkrieg im Westen

Paris, 11. Oktober. (Fig. Junf.) Durch die verstärkte Heberwachung der Grenzen werden den Schmugglern im Westen schädliche Verluste beigebracht. Allein im Landesfinanzamtbezirk Talsford sind im September von Grenzaufsichts- und Zollhandlungsbeamten 1560 Schmuggelfälle aufgedeckt worden. Es wurden beschlagnahmt 80 000 Zigaretten, 23 000 Kisten Zigarettenpapier, 6300 Kilogramm Tabak, 4900 Kilogramm Kaffee, 5000 Kilogramm Getreide, 2200 Kilogramm Mollereiprodukte und 800 Kilogramm sonstige Waren. Den Schmugglern wurden 225 Fahrräder, 5 Motorräder und 25 Kraftwagen abgenommen.

Metallarbeiter kämpfen gegen Lohnabszug

Streik bei E. A. Moscher in Neugersdorf

R. Ebnau, den 11. Oktober 1932. (Fig. Bericht) Vor einigen Wochen erzwang nach zweieinhalbjähriger Streiklegung die Firma E. A. Moscher, Oberlausitzer Werkstofffabrik und Eisengießerei in Neugersdorf, ihre Arbeiter.

Bei der Neueinstellung der Arbeiterkräfte führte die Firma die Abschläge um 40 Prozent, so daß die Arbeiter bei 45tündiger intensiver Arbeit mit ihren Verdiensten unter den Tariflöhnen blieben. Trotz den niedrigen Verdiensten der Arbeiter machte die Firma nach von den Bestimmungen der Arbeitsordnung vom 5. September 1932 Gebrauch und kürzte die Löhne weiter um 10 Prozent.

Bei mehrfachen Verhandlungen über die Erhöhung der Abschläge und Unterlassung des neuen Abzuges zwischen der Firma und den Vertretern der Arbeiterschaft kam es zu keiner Einigung.

Deshalb sind die Former und Eisenschleifer am 8. Oktober geschlossen in den Streik getreten. Die Streikenden sind restlos organisiert, und die Organisation steht hinter ihnen.

Zugun der Neugersdorfer ist unter allen Umständen ferngehalten. Die Firma E. A. Moscher ist in der Oberlausitz und weit darüber hinaus wegen ihres Verhaltens gegen die Arbeiterschaft berüchtigt.

Nazimiederlagen bei Beamtenratswahlen

D. Halle, 12. Oktober. (Fig. Junf.) In Halle erhielten die Nationalsozialisten bei den Beamtenratswahlen am 10. und 11. Oktober im Hauptbahnhof Leipzig I und auf der Güterabfertigung in Leipzig überhaupt keine Stimme. Auch in der Reichsbahnverwaltung Halle wurde nicht eine nationalsozialistische Stimme abgegeben. Von den 277 Stimmen des Hauptbahnhofs Halle entfielen auf die Nationalsozialisten 2, nur unter der Weimarerherrschaft der Reichsbahnzentrale in Halle kamen die Nationalsozialisten auf 200 von 200 Wahlberechtigten.

D. In der Zigarettenindustrie soll bei Neueinstellungen keine Lohnsenkung erfolgen, weil der im Juli abgeschlossene neue Tarifvertrag bereits eine allgemeine Lohnsenkung brachte. Der Reichsverband Deutscher Zigarettenhersteller hat eine entsprechende Empfehlung bereits an seine Mitglieder herausgegeben.

F. In Marseille ist ein Streik der Seeleute ausgedehnt, der größeren Umfang annimmt. Die Ursache des Streiks liegt in der Weigerung der Gesellschaft, den Seeleuten in den indochinesischen Häfen die Wechselprämie, die bisher gewährt wurde, weiterzugeben.

LEBEN+WISSEN+KUNST

43. Jahrg. — Nr. 240

BEIBLATT DER VOLKSZEITUNG

Mittwoch, den 12. Oktober

Kleiner Mann — was nun?

Von HANS FALLADA

Copyright 1932 by Rowohlt-Verlag, Berlin

„Herr Nachmann“, sagt Lämmchen leise und flehend, „Herr Nachmann, wir ziehen! Ich bitte Sie... Sie wissen doch!“

Auch Nachmanns Gesicht hat sich verändert; er sieht die junge Frau nachdenklich an, auf seiner Stirn steht eine seltene Falte, sein Mund ist halb offen.

Nachmann macht noch einen Schritt. Er sagt, und er spricht ganz leise: „Das ist nichts für Sie, daß Sie in Ihrem Salon Koffer tragen.“

Er fahrt mit der einen Hand den Korb, mit der andern Hand den Koffer. „Ab dafür.“

„Herr Nachmann“, sagt Lämmchen noch einmal.

Aber Nachmann spricht kein Wort mehr, er trägt die Koffer schweigend die Treppe hinunter, er legt sie schweigend auf die Karre, schweigend läßt er sich von Finneberg die Hand drücken. Dann sieht er ihnen nach, wie sie in der grauen nebligen Straße verschwinden: eine Karre mit ein bißchen Fracht, eine etwas schäbig gekleidete, schwangere Frau, ein schlafender Säugling und ein verflorenes kleines Tier im Korb.

Herr Nachmann schiebt die Unterlippe vor und denkt anstrengt nach. Da steht er im Smoking, sehr elegant, sehr gepflegt, sicher hat er heute nachmittags ausgiebig gebadet. Er kratzt sich und steigt dann langsam, Stufe für Stufe, die Treppe empor. Er schließt die Etagetür, die noch immer verschloßen ist, steht kurz in das weiße Zimmer, nicht, knipst das Licht aus und geht in das Berliner Zimmer.

„Wo warst du denn wieder?“ empfängt ihn Frau Finneberg im Kranz ihrer Käse. „Wieder bei den jungen Leuten? Wenn ich Talent dazu hätte, würde ich noch eifersüchtig werden.“

„Sich mir einen Kognak“, sagt Nachmann. Er trinkt ihn aus. „Aber lassen Sie mich die jungen Leute grüßen. Sie sind eben ausgezogen.“

„Ausgezogen?“ fragt Frau Finneberg.

Und dann sagt sie schnell und empört sehr viele Dinge.

22.

Lämmchen sitzt an einem späten dunklen Nachmittage in ihrer Wohnung, hat ein Heft vor sich und löse Blätter, Federhalter, Bleistift, ein Lineal. Sie schreibt und addiert, dann läßt sie etwas weg und dann setzt sie wieder etwas dazu. Dabei senkt sie, schüttelt den Kopf, senkt wieder, denkt, es ist so wohl nicht möglich, und rechnet weiter.

Das Zimmer ist wirklich gemütlich mit der roten Polsterbank und den roten Sofas, warmen Mahagonimöbeln. Es ist ganz und gar kein modernes Zimmer, es tut dem Lämmchen gar nichts, daß ein mit schwarzen und weißen Perlen besetzter Spruch an der Wand hängt: „Sei getreu bis in den Tod“, das gehört alles dazu. Und auch Lämmchen gehört dazu im weiten blauen Kleid mit der kleinen Goldkette um den Hals, mit dem sanften Gesicht und der geraden Nase. Es ist angenehm warm im Zimmer, der nasse Dezemberwind klopft manchmal gegen die Scheiben an, das macht alles noch heimlicher.

Lämmchen ist mit ihrer Schreibe fertig, sie liest sie noch einmal durch. Und so sieht aus was sie schrieb, mit vielen Unterstreichungen, kleinen und großen Buchstaben:

Normaler Lohn von Johannes und Lämmchen
Finneberg pro Monat

Anmerkung: Darf unter keinen Umständen überschritten werden!

A. Einnahmen	
Gehalt pro Monat brutto	300,—
B. Ausgaben	
a) Lebensmittel:	
Butter und Margarine	10,—
Eier	4,—
Gemüse	8,—
Fleisch	12,—
Wurst und Käse	5,—
Brot	10,—
Kolonialwaren	5,—
Fische	3,—
Obst	5,—
	99,—
b) Sonstiges:	
Versicherungen und Steuern	81,75
Tag-Geld	5,10
Miete	40,—
Haar-Geld	9,—
Elektrisches Licht	8,—
Heuerung	5,—
Kleidung und Wäsche	10,—
Schuhwerk	4,—
Waschen, Waschen und Blätten	8,—
Reinigungsmittel	5,—
Zigaretten	8,—
Ausgänge	3,—
Spesen	1,16
Neuanschaffungen	8,—
Unvorhergesehenes	3,—
	134,—
Gesamtausgaben	198,—
Reibt Bestand	4,—

Die Unterzeichneten verpflichten sich, unter keinen Umständen und unter keinem Vorwande Geld an anderen als den vorgenannten Zinsen und nicht über den Etat hinaus der Kasse zu entnehmen.

Berlin, am 30. November...

Lämmchen zögert noch einen Augenblick, sie denkt: Der Name wird Augen machen, dann nimmt sie die Feder und hat ihren Namen darunter. Sie packt alles fein säuberlich zusammen und legt es in ein Fach des Sekretärs. Aus seinem Schließfach nimmt sie eine weitläufige blaue Brieftasche und schüttelt sie auf den Tisch aus. Ein paar Scheine fallen heraus, ein silbernes Silber, ein paar Messinggold. Sie zählt alles nach, es sind und bleiben hundert Mark. Sie senkt leicht,

dann legt sie das Geld in ein anderes Fach und stellt die leere Brieftasche an ihren Platz zurück.

Nun geht sie zur Tür knipst das elektrische Licht aus und setzt sich gemütlich auf den großen Stuhl am Fenster, die Hände auf dem Leib, die Beine schön weit auseinander. Durch das Marienglasfenster des Ofens fällt ein rötlicher Schein auf die Decke und tanzt dort leise hin und her, bleibt plötzlich stehen und zittert dann lange, bis es wieder zu tanzen beginnt. Es ist schön, bei sich zu Hause zu sitzen, allein im Dunkeln, man wartet auf den Mann, und vielleicht rührt sich das Kind im Leib. Man ist so groß und weit, man fliehet über und wird immer weiter... In die See muß man auch denken, die hob sich auch so und senkte sich und ging immer

weiter, man mußte eigentlich auch da nicht, wozu, aber gut war es, daß es so war...

Lämmchen schläft längst, schläft mit halb geöffnetem Mund, den Kopf auf einer Schulter, einen leichten, schnellen, fröhlichen Schlaf, der sie hebt und wiegt in seinem Arm.

Und ist sofort ganz wach und ganz bei der Sache, als der Junge das Licht anmacht und fragt: „Na, wie geht's? Im Dunkeln, Lämmchen? Hat Munkel sich gemeldet?“

„Nein, heute noch nicht. Uebrigens Tag, Mann.“

„Uebrigens Tag, Frau.“

Und sie geben sich einen Kuß.

Er deckt den Tisch und sie richtet das Essen an. Etwas zögernd sagt sie: „Es gibt heute Schellfisch mit Senfsoße. Er war so schön billig.“

„Nein“, sagt er. „Mal esse ich ganz gerne Fisch.“

„Du bist guter Laune“, sagt sie. „Sings gut? Wie ist es mit dem Weihnachtsgeschäft?“

„Gott, es fängt so ein bißchen an. Die Leute trauen sich noch nicht recht.“

„Hast du gut verkauft?“

„Ja, ich hab heute Duzel gehabt. Ich hab heute für über funfhundert Mark verkauft.“

Fortsetzung folgt

Frauen um Dichter

Von Kurt Kersten

Flauberts Nichte

Flauberts Lieblingsnichte fast mehr als achtzigjährig vor einige Zeit in Antides. Sie hieß „Caro“, ihr Name kommt oft in den Briefen Flauberts vor. Auch wurde sie Flauberts Testamentvolltreuerin und gab die ungedruckten Schriften und Korrespondenzen heraus. In ihrer Villa „Janin“ lebte sie, umgeben von Reliquien und Erinnerungen an den Dichter, ihren Onkel.

Flaubert hatte die kleine Caro wie sein Kind geliebt; sie war das Kind einer früh verstorbenen Schwester und lebte ganz im Hause des Dichters. Es war ein lebhaftes hübsches Mädchen, ganz begabt. Flaubert versuchte sie zu unterrichten; unter anderem gab er ihr Geschichtsunterricht. Wenn die Kleine mit ihrer Großmutter verkehrte, gab er ihr dreifach gute Ratsschläge und war stets außer sich besorgt und ängstlich.

Unvergessen blieben Caro die Abende, an denen ihr Onkel mit gewaltiger Stimme die Verse von Sophokles und Victor Hugo vortrug.

Und was sagt man mit einer so wohlherzogen jungen Person an? Flaubert verheiratete sie. Er benahm sich dabei wie irgendein beliebiger Kleinbürger. Die Nichte mit einem armen Mann zu verheiraten, war ihm ein „gräßlicher“ Gedanke. Er sprach ihr:

„Ja, mein Bestes, lieber würde ich sehen, Du nähmest einen Jüdenbader-Millionär als einen großen Mann, der arm ist, denn der berühmte Mann würde infolge seiner Armut brutal werden und Dich tyrannisieren. Dich verrückt machen oder idiotisch vor Leiden.“

Caro heiratete also einen Herrn Commanville, Magend ständiger Gehilfen nach der Nichte.

Frau Commanville hat sehr viel früher „Erinnerungen“ an ihren Onkel veröffentlicht. Sie schilderte, wie sie ihn gesehen hatte. Welches friedliche Dasein in Croisset geführt wurde, wie bis 10 Uhr früh das Haus in Schlämmer lag, wie Flaubert verbot, den geringsten Lärm zu machen. Es kamen nur wenig Besucher, und man sah nur zuweilen einige Freunde. Aber vierzehn Tage kam der Uhrmacher, um die Uhren auszugleichen, das war schon ein Ereignis. In diese Stille, diese Gleichförmigkeit trafen die Schreden des „Bercks“. Eines davon ist: „Madame Bovary“. Man sprach nur vom Buch, vom Buch? Von jedem Kapitel!

Nur einmal wird in den „Erinnerungen“ der Name der Frau Colet, der Freundin Flauberts, erwähnt. Die Familie hatte seinen Sinn für Liebhabereien. Und diese nun war unanfechtlich. Für sie war Croisset ein feierliches Haus, wo sie niemals eintreten durfte. Sie schrieb ihr Flaubert wunderbare Briefe. Sie wollte ihn in Paris sehen. Und er hatte immer Gründe, nicht dorthin zu fahren... die Mutter... sein Buch... Und dann war die Colet zwölf Jahre älter! Wenn sie sich trafen, gab es Segnen. Die letzte nahm ein tragisches Ende. Flaubert nahm seinen Revolver, aber ein Holzfäller aus dem Kantal! „Ich mag den Winkel des Scheiters“ bis zur Schläfe dieser jährigen, unertäglichen Frau. Da brach sie eine Pistole an meinen Augen vorüber: Polizei, Gerichtshof. Ich sprang plötzlich auf und ging hinaus.“

Nach dem Tode der alten Frau Flaubert erbte Caro, unter der Bedingung, daß Flaubert dort wohnen bleiben dürfe, das Haus. Schlechte Geschäfte ruinierten die Commanvilles. Man dachte daran, das Haus zu verkaufen.

Um die Nichte und Commanville zu retten, opferte Flaubert sein gesamtes Vermögen. Wozu sollte er leben? Freunde versuchten ihm eine Pension zu beschaffen, darüber geriet er in tiefe

Erregung; er lehnte sie ab. Und trotz aller Bitternis änderte sich sein Gefühl für sein liebes Mädchen nicht.

Nach Flauberts Tode wurde Croisset verkauft. Das Haus wurde abgebrochen, nur ein kleiner Pavillon blieb stehen und ging in den Besitz der Stadt Rouen über, der ein kleines Museum daraus machte. Caro heiratete nach dem Tode Commanvilles ein zweites Mal und nahm ihre Antiken mit nach Antibes. Nach ihrem Tode wurden Manuskripte und Möbel in Paris versteigert.

Die Freundin Anatole Frances

Die Nationalbibliothek in Paris besitzt viele wertvolle Manuskripte von Anatole France, die ihr Frau Suzanne de Caillaud vermacht hat. Die Stiefmutter der Frau Caillaud hat neulich erzählt, wie sie in den Besitz dieser Manuskripte, Entwürfe und Korrekturbogen gekommen ist, die der Öffentlichkeit und selbst Herrn Griaus, einem Bibliographen der Werke Anatole Frances, völlig unbekannt waren.

Frau Caillaud war lange Zeit mit Anatole France sehr befreundet, und auf ihre inständigen Bitten mußte Anatole France ihre Abschriften seiner Werke machen. Bedingung war dabei, daß diese Manuskripte völlig fehlerfrei sein mußten. Es durfte A. F. nichts durchgestrichen sein. So mußte France auf ihren Wunsch alle seine Manuskripte sorgfältig kopieren, und diese Abschriften zeigte sie dann gern ihren Bekannten. Und diese Kopien befinden sich auch in der Nationalbibliothek.

Victor Hugo hatte seine Werke immer sorgfältig kopiert, und deshalb besaß Anatole Frances Freundin an ihn dieses wertvolle Verlangen.

Trotzdem er tief feuchte, machte der Dichter die Abschriften immer wie einen Schüler und gibt mir die Aufgabe eines vierzigjährigen Kindes auf: abschreiben! Das macht nicht nur müde, sondern ist verflucht langweilig! Ich gebe mir die größte Mühe, denn sie hält darauf, daß diese Abschriften sauber und leserlich sind. Ich hoffe, daß sie mich zur Belohnung bald befördert und ich Diktate anfertigen lassen darf.“

Nachdem nun alle Manuskripte fein säuberlich abgeschrieben und eingebunden und in der Bibliothek der Frau von Caillaud aufgestellt waren, vernachlässigte man die Abschriften ein wenig; die Originale und Entwürfe kletterten herum. Nach dem Tode der Frau von Caillaud fand man überall Blätter in allen Schränken, in den Bandbüchsen, Sekretären und sogar in den Trüben. Aus Büchern und Kisten flogen Seiten mit den bekannten eleganten Schriftzügen heraus. Sogar in einem alten Porzellantopf in einem Schuppen fanden sich Manuskriptseiten. Alle diese Papiere kamen aus jener 25 Jahre langen gemeinsamen Arbeit mit Frau von Caillaud.

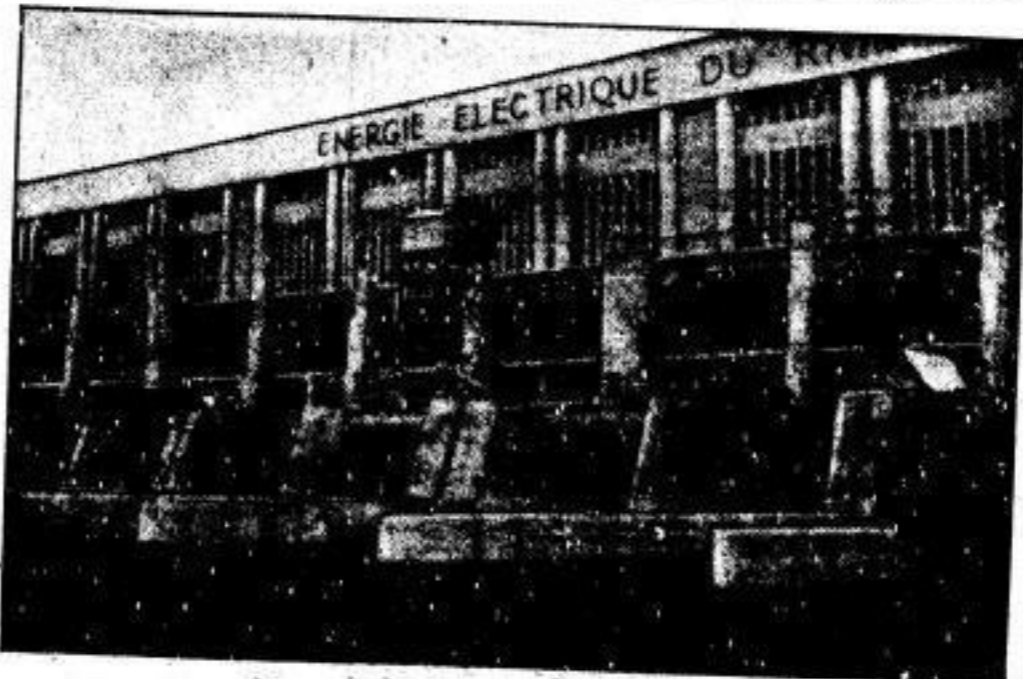
Wegen Frau von Caillaud besaß Anatole Frances bis zum Tode einen geheimen Vorrat, weil sie ihm diese Arbeit aufgebürdet hatte.

Leider wurde der größte Teil der Briefe von Anatole France an Frau von Caillaud von ihrem Sohn gleich nach ihrem Tode verbrannt.

Das neue Bauhaus. Das kirchlich in Dessen geschlossene „Bauhaus“ wird — voraussichtlich bereits Ende Oktober — in Weimar neu eröffnet. Professor Kies von der Höhe, der Leiter des Bauhauses, mietete zu diesem Zweck die Räume einer ehemaligen Telefonfabrik in Stöglitz.

Das elektrische Herz des Elß

Wird auf das riesige Elektrizitätswerk in Rembs, das den größten Teil des Elß mit Strom versorgen wird. Das von deutschen Firmen erbaute Werk, das an dem neuen Rhein-Kosel-Kanal liegt, wird in Anwesenheit des französischen Staatspräsidenten Ledrums feierlich eingeweiht werden.



Reichstagswahl

Die Stimmspreisen der Stadt Dresden und des selbständigen Stadtbezirks Albersdorf für die Reichstagswahl

am 6. November 1922 liegen in der Zeit vom 16. bis einschließlich 23. Oktober 1922 vertrieben von 12 bis 20 Uhr, Sonntag von 10 bis 12 Uhr für jedermann zur Einsicht öffentlich aus. Die zum Stadtbereich gehörenden Straßen und Plätze sind nachstehend aufgeführt. Die beigefügten Zahlen bezeichnen die Wahlbezirke, die am Anfang der Bekanntmachung aufgeführt sind. Die Stimmspreisen für den Stadtbezirk Albersdorf liegen im Geschäftszimmer der Wahlbezirksverwaltung Albersdorf, Röntgenstraße 123, aus.

Einsprüche gegen die Stimmspreisen können bis zum 23. Oktober 1922 schriftlich oder mündlich an den Wahlbezirk unter Vorlegung des Stimmspreisenverzeichnisses angebracht werden. Soweit Einsprüche nicht sofort für begründet zu erachten sind, werden sie spätestens bis zum 4. November 1922 erlassen.

Dresden, am 11. Oktober 1922.
Der Rat zu Dresden.

Wahlbezirk	Wahlbezirk	Wahlbezirk	Wahlbezirk
1	1	1	1
2	2	2	2
3	3	3	3
4	4	4	4
5	5	5	5
6	6	6	6
7	7	7	7
8	8	8	8
9	9	9	9
10	10	10	10
11	11	11	11
12	12	12	12
13	13	13	13
14	14	14	14
15	15	15	15
16	16	16	16
17	17	17	17
18	18	18	18
19	19	19	19
20	20	20	20
21	21	21	21
22	22	22	22
23	23	23	23
24	24	24	24
25	25	25	25
26	26	26	26
27	27	27	27
28	28	28	28
29	29	29	29
30	30	30	30
31	31	31	31
32	32	32	32
33	33	33	33
34	34	34	34
35	35	35	35
36	36	36	36
37	37	37	37
38	38	38	38
39	39	39	39
40	40	40	40
41	41	41	41
42	42	42	42
43	43	43	43
44	44	44	44
45	45	45	45
46	46	46	46
47	47	47	47
48	48	48	48
49	49	49	49
50	50	50	50
51	51	51	51
52	52	52	52
53	53	53	53
54	54	54	54
55	55	55	55
56	56	56	56
57	57	57	57
58	58	58	58
59	59	59	59
60	60	60	60
61	61	61	61
62	62	62	62
63	63	63	63
64	64	64	64
65	65	65	65
66	66	66	66
67	67	67	67
68	68	68	68
69	69	69	69
70	70	70	70
71	71	71	71
72	72	72	72
73	73	73	73
74	74	74	74
75	75	75	75
76	76	76	76
77	77	77	77
78	78	78	78
79	79	79	79
80	80	80	80
81	81	81	81
82	82	82	82
83	83	83	83
84	84	84	84
85	85	85	85
86	86	86	86
87	87	87	87
88	88	88	88
89	89	89	89
90	90	90	90
91	91	91	91
92	92	92	92
93	93	93	93
94	94	94	94
95	95	95	95
96	96	96	96
97	97	97	97
98	98	98	98
99	99	99	99
100	100	100	100

Wahlbezirk	Wahlbezirk	Wahlbezirk	Wahlbezirk
1	1	1	1
2	2	2	2
3	3	3	3
4	4	4	4
5	5	5	5
6	6	6	6
7	7	7	7
8	8	8	8
9	9	9	9
10	10	10	10
11	11	11	11
12	12	12	12
13	13	13	13
14	14	14	14
15	15	15	15
16	16	16	16
17	17	17	17
18	18	18	18
19	19	19	19
20	20	20	20
21	21	21	21
22	22	22	22
23	23	23	23
24	24	24	24
25	25	25	25
26	26	26	26
27	27	27	27
28	28	28	28
29	29	29	29
30	30	30	30
31	31	31	31
32	32	32	32
33	33	33	33
34	34	34	34
35	35	35	35
36	36	36	36
37	37	37	37
38	38	38	38
39	39	39	39
40	40	40	40
41	41	41	41
42	42	42	42
43	43	43	43
44	44	44	44
45	45	45	45
46	46	46	46
47	47	47	47
48	48	48	48
49	49	49	49
50	50	50	50
51	51	51	51
52	52	52	52
53	53	53	53
54	54	54	54
55	55	55	55
56	56	56	56
57	57	57	57
58	58	58	58
59	59	59	59
60	60	60	60
61	61	61	61
62	62	62	62
63	63	63	63
64	64	64	64
65	65	65	65
66	66	66	66
67	67	67	67
68	68	68	68
69	69	69	69
70	70	70	70
71	71	71	71
72	72	72	72
73	73	73	73
74	74	74	74
75	75	75	75
76	76	76	76
77	77	77	77
78	78	78	78
79	79	79	79
80	80	80	80
81	81	81	81
82	82	82	82
83	83	83	83
84	84	84	84
85	85	85	85
86	86	86	86
87	87	87	87
88	88	88	88
89	89	89	89
90	90	90	90
91	91	91	91
92	92	92	92
93	93	93	93
94	94	94	94
95	95	95	95
96	96	96	96
97	97	97	97
98	98	98	98
99	99	99	99
100	100	100	100

Wahlbezirk	Wahlbezirk	Wahlbezirk	Wahlbezirk
1	1	1	1
2	2	2	2
3	3	3	3
4	4	4	4
5	5	5	5
6	6	6	6
7	7	7	7
8	8	8	8
9	9	9	9
10	10	10	10
11	11	11	11
12	12	12	12
13	13	13	13
14	14	14	14
15	15	15	15
16	16	16	16
17	17	17	17
18	18	18	18
19	19	19	19
20	20	20	20
21	21	21	21
22	22	22	22
23	23	23	23
24	24	24	24
25	25	25	25
26	26	26	26
27	27	27	27
28	28	28	28
29	29	29	29
30	30	30	30
31	31	31	31
32	32	32	32
33	33	33	33
34	34	34	34
35	35	35	35
36	36	36	36
37	37	37	37
38	38	38	38
39	39	39	39
40	40	40	40
41	41	41	41
42	42	42	42
43	43	43	43
44	44	44	44
45	45	45	45
46	46	46	46
47	47	47	47
48	48	48	48
49	49	49	49
50	50	50	50
51	51	51	51
52	52	52	52
53	53	53	53
54	54	54	54
55	55	55	55
56	56	56	56
57	57	57	57
58	58	58	58
59	59	59	59
60	60	60	60
61	61	61	61
62	62	62	62
63	63	63	63
64	64	64	64
65	65	65	65
66	66	66	66
67	67	67	67
68	68	68	68
69	69	69	69
70	70	70	70
71	71	71	71
72	72	72	72
73	73	73	73
74	74	74	74
75	75	75	75
76	76	76	76
77	77	77	77
78	78	78	78
79	79	79	79
80	80	80	80
81	81	81	81
82	82	82	82
83	83	83	83
84	84	84	84
85	85	85	85
86	86	86	86
87	87	87	87
88	88	88	88
89	89	89	89
90	90	90	90
91	91	91	91
92	92	92	92
93	93	93	93
94	94	94	94
95	95	95	95
96	96	96	96
97	97	97	97
98	98	98	98
99	99	99	99
100	100	100	100

Wahlbezirk	Wahlbezirk	Wahlbezirk	Wahlbezirk
1	1	1	1
2	2	2	2
3	3	3	3
4	4	4	4
5	5	5	5
6	6	6	6
7	7	7	7
8	8	8	8
9	9	9	9
10	10	10	10
11	11	11	11
12	12	12	12
13	13	13	13
14	14	14	14
15	15	15	15
16	16	16	16
17	17	17	17
18	18	18	18
19	19	19	19
20	20	20	20
21	21	21	21
22	22	22	22
23	23	23	23
24	24	24	24
25	25	25	25
26	26	26	26
27	27	27	27
28	28	28	28
29	29	29	29
30	30	30	30
31	31	31	31
32	32	32	32
33	33	33	33
34	34	34	34
35	35	35	35
36	36	36	36
37	37	37	37
38	38	38	38
39	39	39	39
40	40	40	40
41	41	41	41
42	42	42	42
43	43	43	43
44	44	44	44
45	45	45	45
46	46	46	46
47	47	47	47
48	48	48	48
49	49	49	49
50	50	50	50
51	51	51	51
52	52	52	52
53	53	53	53
54	54	5	

